

Beispiellose Angriffe auf NGOs in der EU - wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich für eine starke und unabhängige Zivilgesellschaft einzusetzen

Stellungnahme der Zivilgesellschaft

Die europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) werden derzeit von einigen Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf beispiellose Weise angegriffen. Diese Attacken, die von einigen Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) und von rechtsextremen Gruppen ausgehen, werden durch Desinformation weiter angeheizt. Mit irreführenden Argumenten werden künstlich Skandale inszeniert und von einigen schlecht informierten Medienartikeln aufgegriffen. Europas demokratische Werte werden so ausgehöhlt und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für diese einsetzen, zunehmend angegriffen. Diese parallele Offensive gegen die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und unsere Legitimität im demokratischen Prozess birgt die Gefahr, dass nicht nur die europäischen bürgergesellschaftlichen Räume weiter schrumpfen, sondern die Demokratie insgesamt geschwächt wird.

Desinformation durch gewählte Abgeordnete des Parlaments

Am 22. Januar 2025 brachten einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments (EP) gezielt eine Debatte über die öffentliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) in die Plenarsitzung ein. Dabei ging es vor allem um Umweltschutzorganisationen, die Zuschüsse zu den Betriebskosten aus dem LIFE-Programm erhalten. In der Debatte wurde die Frage aufgeworfen, ob es legitim sei, dass zivilgesellschaftliche Organisationen für ihre Arbeit solche Zuschüsse von der Europäischen Kommission erhalten. Viele Abgeordnete sprachen sich für das Recht von Bürgerorganisationen aus, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Einige Abgeordnete behaupteten jedoch fälschlicherweise, dass Umweltorganisationen von der Kommission dafür bezahlt worden seien, Lobbyarbeit im Europäischen Parlament zu leisten. Dieses falsche Narrativ bringt Gegner des Europäischen Green Deal und Anhänger von Verschwörungstheorien zusammen. Die Abgeordneten sprachen fälschlicherweise von fiktiven Milliardenbeträgen, die an zivilgesellschaftliche Organisationen geflossen seien. Es wurden inkorrekte Behauptungen aufgestellt, dass NROs das Transparenzregister nicht ordnungsgemäß nutzten - obwohl die EU-Transparenzmaßnahmen auf Kampagnen der Zivilgesellschaft zurückgehen, und zivilgesellschaftliche Organisationen zu den ersten Anwendern.

Warum sollten Organisationen der Zivilgesellschaft öffentliche Mittel erhalten?

Im Mittelpunkt der aktuellen Angriffe steht das LIFE-Programm der EU, das wichtigste Finanzierungsinstrument für Natur- und Klimaschutz. Es beläuft sich auf rund 700

Millionen Euro pro Jahr. Im Rahmen dieses Programms vergibt die EU-Kommission jährlich 15,6 Mio. EUR an verschiedene NROs aus dem Umweltsektor. Die Vergabe erfolgt gemäß den zwischen Europäischem Parlament und EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Bestimmungen. Das Verfahren ist wettbewerbsorientiert und offen. Diese Mittel unterstützen die unschätzbare Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bereitstellung von evidenzbasierten, wissenschaftlich untermauerten und konstruktiven Empfehlungen an politische Entscheidungsträger zu Themen, die den Menschen wichtig sind.

Allerdings reichen die Gelder schon jetzt bei weitem nicht aus, um die Ziele zu verfolgen, die sie fördern sollen: die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen¹ und Unterstützung der politischen Entscheidungsträger beim Zugang zu Informationen, faktenbasierten Erkenntnissen sowie bewährten Vorgehensweisen vor Ort; Kenntnis der Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger in Bezug auf ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen, soziale Teilhabe und Gleichstellung, ihre Rechte, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung der Korruption und eine gesunde Umwelt für heutige und künftige Generationen. Millionen von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen diese Beiträge zur EU-Politik durch ihr ehrenamtliches und gemeinschaftliches Engagement auf nationaler und lokaler Ebene, durch die Bereitstellung von Dienstleistungen und den Zugang zu Rechten für die am meisten gefährdeten und ausgegrenzten Menschen.

Für eine starke Zivilgesellschaft ist die Entwicklung eines Rahmens für den zivilen Dialog auf der Grundlage von Artikel 11 EUV eine Priorität in dieser EU-Amtszeit. Damit NROs sich an diesem Dialog beteiligen können, bedarf es angemessener Mittel, sodass sie ihre Mitglieder und Partnerorganisationen in ganz Europa einbeziehen können. Wie in jeder Demokratie werden auch in der EU öffentliche Mittel benötigt, um die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu unterstützen, denn diese setzen sich letztlich für die Stärkung der in den europäischen Verträgen und der Charta der Grundrechte verankerten Werte ein.

Es ist ein Merkmal autoritärer Regime, den Spielraum zwischengeschalteter Akteure einzuschränken und Bürger vollständig und ausschließlich durch den/die Regime-Führer zu vertreten. Die aktuelle Debatte ist ein weiteres Beispiel für die derzeitige Konfrontation zwischen europäischen Werten und autokratischen Ansichten.

¹ Die Lobbyarbeit gewinnorientierter Unternehmen in Brüssel ist viel umfangreicher als die Lobbyarbeit von nicht gewinnorientierten Organisationen. 2024 gaben die 50 Unternehmen mit den größten Lobbying-Budgets zusammen fast 200 Millionen Euro allein für das Lobbying der EU aus (66 % mehr als 2015). Diese Unternehmen spielten eine entscheidende Rolle bei der Schwächung oder Ablehnung zahlreicher wichtiger Maßnahmen im Bereich des europäischen Green Deals, der öffentlichen Gesundheit und der natürlichen Ressourcen für künftige Generationen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich gegen falsche Darstellungen und Desinformationen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Organisationen zu wehren, unseren maßgeblichen Beitrag zu der europäischen Demokratie zu schützen und die öffentliche Finanzierung der Zivilgesellschaft zu sichern. Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher Pfeiler unserer gemeinsamen europäischen Werte. Wir fordern alle Entscheidungsträger auf, einen soliden Rechtsrahmen zu schaffen, in dem Zivilgesellschaft und Bürgerorganisationen ihre Rolle in der Interaktion mit politischen Entscheidungsträgern wahrnehmen können, um einen fundierteren Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Zentraler Bestandteil der Demokratie ist das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich gemeinsam Gehör zu verschaffen zu können. So bauen wir eine integrative Gesellschaft und eine gemeinsame europäische Zukunft auf. Angemessen finanzierte, unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen sind dafür ein wichtiges Instrument.